

digte. Trotzdem wurden sie zum Tode durch Erschießen verurteilt . . .“

In Ergänzung zu diesen Ausführungen sei bemerkt, daß sich das gleiche Bild der zur Religion zurückkehrenden sowjetrussischen Jugend auch bei zahlreichen Anlässen in der Emigration zeigt. Eine kürzlich in Berchtesgaden abgehaltene Tagung der russischen christlichen Jugendbewegung bot dafür eindrucksvolle Zeugnisse.

**Bemerkungen
über den Kampf
gegen die Kirche
im Osten**

Daniel Pézeril stellt im Augustheft der Zeitschrift „Esprit“ eine Betrachtung über die Vorgänge in Prag an, die das Verständnis des großen Kampfes zwischen den Weltanschauungen zu fördern geeignet ist. Er geht davon aus, daß das Vorgehen der ungarischen Volksdemokratie gegen Kardinal Mindszenty immerhin wirklich noch durch gewisse Umstände kompliziert gewesen sei: durch die noch mittelalterliche Auffassung von bischöflicher Macht, die der ungarische Kirchenfürst besessen habe, durch das in Ungarn noch herrschende Feudalsystem, durch die politische Stellungnahme des Kardinals. Aber im Falle Erzbischof Berans in Prag fallen alle diese komplizierenden Umstände weg. Msgr. Beran ist kein Mann, der vergangenen Zeiten angehört; man hat ihn ja selbst eine zeitlang den „roten Bischof“ genannt. Und er weiß gegenüber dem Staat genau seine Grenzen zu halten. Als er sein Amt antrat, hat er der Republik einen Loyalitätseid geleistet, und er hat sich daran gehalten. Wenn nun die tschechoslowakische Volksdemokratie trotzdem auch gegen diesen Bischof vorgeht, so ist der Fall aller verwirrenden Nebenumstände entkleidet und zeigt den Vorgang in voller Reinheit, gleichsam ein Experiment unter den günstigsten und ungestörtesten Bedingungen; ein Experiment für die Frage: welche Beziehungen sind möglich zwischen Moskau und Rom?

Der eigentliche Vorgang, der sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei abspielt, ist zweifellos der Versuch, eine Nationalkirche zu gründen. Die kommunistische Taktik sucht in jedem Land die Hierarchie von Rom zu trennen, und wenn das nicht gelingt, einen Teil des Klerus und der Gläubigen von der Kirche abzulösen. Das Argument, mit dem die Volksdemokratien arbeiten, ist ein politisches: sie behaupten, der Papst habe sich an die Seite der Westmächte gestellt, er drohe mit Krieg, und die katholische Kirche stelle in jedem Land die Fünfte Kolonne dieser feindlichen Macht dar, die natürlich zerstört werden müsse. Rom kann dieses Argument nur als sinnlos zurückweisen; es kann seinerseits nur sagen, daß man die Kirche nicht kenne, daß allerdings, wenn man sie kenne, eine Debatte auf einer ganz anderen Ebene zustandekommen würde. Diese könnte ebenfalls furchtbar werden, aber sie würde sich doch wenigstens im Realen abspielen. Die gegenwärtige Krise dagegen sei überhaupt nicht zu fassen, weil keine Möglichkeit des Gesprächs gegeben ist.

**Die
ungarische Regierung
gegen die
protestantische
Kirche**

Ungarische Protestanten haben schweizerischen Glaubensgenossen auf geheimen Wegen Nachrichten über das tatsächliche Verhalten der ungarischen Regierung gegenüber dem Protestantismus zukommen lassen können, die der „Osservatore Romano“ (28. August) nach dem Bericht der INS wiedergibt. Was die ungarische Regierung gegenüber der protestantischen Kirche tut, steht

durchaus auf der gleichen Linie wie ihr Vorgehen gegen die katholische Kirche, obwohl nicht die gleichen Vorwürfe — berechtigter- oder unberechtigterweise — gegen sie erhoben werden können; um so klarer tritt der Charakter der Religionsverfolgung zutage. Daß Bischof Ordaß seit Jahren eingekerkert ist, ist bekannt. Er ist zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Die übrige protestantische Hierarchie in Ungarn, deren Mitglieder Laszlo Ravasz, Bela Kapy, Imre Ravasz und Elemer Gyory sind, ist genötigt worden, sich „zurückzuziehen“.

In den letzten 6 Monaten haben 25 Zeitungen und Zeitschriften auf Befehl der Regierung ihr Erscheinen eingestellt, darunter 4 offizielle Organe, die seit 1880 ununterbrochen erschienen sind. Die gesamte Jugendpresse mußte ihr Erscheinen einstellen, weil „die Erziehung der Jugend Aufgabe des Staates ist“.

In genauer Entsprechung der Methoden, die mit der Errichtung einer falschen „Katholischen Aktion“ in der Tschechoslowakei angewandt worden sind, hat die kommunistische Regierung Ungarns anstelle der unterdrückten protestantischen religiösen Presse eine eigene Tageszeitung mit dem Titel „Die protestantische Kirche“ gegründet, deren Redaktion das absolute Vertrauen der kommunistischen Partei genießt. Alle bisherigen Abonnenten der unterdrückten Publikationen sind gezwungen worden, dieses neue Blatt zu abonnieren. Die Einfuhr irgendwelcher protestantischer Literatur vom Ausland ist verboten.

Ökumenische Nachrichten

„Eine neue Lage
in der EKD“

Der von der Herder-Korrespondenz (3. Jhg., H. 11, S. 497) berichtete Beschluß der Reformierten Kirche von Nordwestdeutschland, den Sitzungen der EKD fernzubleiben, hat in lutherischen Kreisen das vorauszusehende Echo gefunden. In der „Evangel. Luth. Kirchenzeitung“ vom 15. August 1949, dem Organ der „Vereinigten Luth. Kirche Deutschlands“ (VELKD), nimmt Präs. D. Asmussen dazu Stellung unter dem Titel „Eine neue Lage in der EKD“. Er bemerkt, man müsse damit rechnen, daß die ganze reformierte Kirche in Deutschland hinter der Erklärung steht und auch andere Kreise die Erklärung zu kirchenpolitischen Handlungen benutzen werden. Form und Ergebnis des reformierten Beschlusses deuten auf einen ernststen Konflikt hin. „Es wäre ein großer Schade, wenn dieser Konflikt nun nicht ausgetragen würde“. Asmussen weist darauf hin, daß er 1948 vor einer voreiligen Grundordnung der EKD gewarnt habe, solange die kirchliche Entwicklung nicht ausgereift sei. Insbesondere wendet sich Asmussen gegen die These der Reformierten, die übrigens weitgehend auch von der „Bekennenden Kirche“ geteilt wird. Diese These behauptet: nach der „Theologischen Erklärung“ der Barmer Bekenntnissynode von 1934, deren Entscheidungen von der Grundordnung der EKD bejaht wurden, solle die Evangelische Kirche nicht nur ein Bund von bekenntnisbestimmten Kirchen, sondern eine geistliche Einheit darstellen, zumindest aber werden. Asmussen bemerkt zutreffend, daß die „Theologische Erklärung“ von Barmen (Vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 5/6, S. 266 ff) nicht nur aus den Sechs Artikeln, sondern auch aus der Präambel und dem verbindlichen Referat von Asmussen bestehe. Darin aber sei damals ausdrücklich gesagt worden, daß die Barmer

Erklärung keine neue Kirche und keine Union begründen solle, sondern daß sie dazu beitragen wolle, die Bekenntnisse des 16. Jahrhunderts wieder ernst zu nehmen, nicht aber sie zu übergehen. Darüber hinaus werde auch der Inhalt der Barmer Artikel von den Reformierten mißdeutet. Diese Artikel hätten damals die Irrtümer des totalen Staates verworfen. „Seit 1945 aber dulden die führenden reformierten Theologen die Staatstotalität und verteidigen sie außerhalb Deutschlands sogar ausdrücklich. Unsere Bedenken gegen diese Haltung werden nicht ernst genommen, z. T. feindselig abgelehnt“. Asmussen bedauert, daß auf lutherischer Seite ungerechtfertigte Bedenken gegen Barmen bestünden, die er als ein „schweres Kreuz“ bezeichnet. Aber man könne nicht zulassen, daß seit 1945 von reformierten Stellen des Auslands Angriffe gegen die lutherische Kirche im Geist der Denunziation gerichtet würden, als sei die lutherische Kirche für Hitler verantwortlich und eine Hüterin der Reaktion. Asmussen warnt erneut davor, daß an den reformatorischen Bekenntnisschriften vorbei eine Kirche gegründet werde. Hinter dem Versuch der Emanzipation von den Bekenntnisschriften des 16. Jahrhunderts „schält sich allmählich ein Glaubensverständnis heraus, welches nicht mehr als biblisch angesprochen werden kann“. Er schließt: „So bitter die Lage ist, wie sie durch die reformierte Erklärung und unser aller Sünde geschaffen ist, so willig sollten wir uns ihr unterwerfen. Sie ist nämlich auch nicht ohne Verheißung. Sie hilft heraufzuführen, was kommen muß, die Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Christenheit, für die der deutsch-christliche Kampf nur das Vorspiel war. Wer diese Auseinandersetzung vermeiden will, wird nichts Gutes schaffen. Wer bereit ist, in sie einzutreten, wird der Kirche Gutes tun“.

**Opposition
gegen Visser't Hooft
in England**

Von befreundeter ökumenischer Seite wird uns geschrieben, daß unsere Berichterstattung über die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Chichester (Vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., H. 12, S. 546 f) einseitig die Darstellung des Ökumenischen Pressedienstes Genf wiedergebe. Tatsache sei aber, daß sich nicht nur in kirchlichen Kreisen der USA, sondern auch in England eine beachtliche Opposition gegen die Methode des Generalsekretärs Dr. Visser 't Hooft gebildet habe. Es wird ihm u. a. vorgeworfen, daß er mit seiner von Karl Barth übernommenen „eschatologischen Dialektik“ den historischen und dogmatischen Verpflichtungen der Kirchen des Ökumenischen Rates nicht genügend Rechnung trage. Schon in Amsterdam hätten Prof. G. Florovsky, Paris, für die Orthodoxen, Canon Ramsey für die Anglikaner und Prof. Skydsgaard, Kopenhagen, für die Lutheraner gegen diese, die dogmatischen Unterschiede der Kirchen aufhebende Dialektik Einspruch erhoben. Aus der Rede Florovskys, die er am 24. August 1948 in Amsterdam vor der Versammlung der Besucher gehalten hatte, sei hier folgender Satz zitiert: „Eine gemeinsame christliche Front gegenüber der Welt ist noch nicht dasselbe wie eine wiedervereinigte Kirche, die Una Sancta Ecclesia... Ökumenisch sein bedeutet nicht: allgemein protestantisch oder antirömisch oder ähnlich gegensätzlich sein. Keine christliche Einheit kann dargestellt werden, wenn nicht Rom eingeschlossen wird. Ich meine nicht das gegenwärtige Rom. Aber ich meine die Wahrheit und das Erbgut, für das Rom eintrat und auch heute eintritt trotz

allem, was im einzelnen dagegen zu sagen ist“. (J. Winterhager, Der Weltrat der Kirchen, sein Ziel und seine Problematik, Christl. Zeitschr. Verlag Berlin 1949, S. 24). Auf diese Warnung ist in dramatischer Form auf der diesjährigen Hauptversammlung des British Council of Churches in Edinburgh der Dean of Chichester, Dr. Duncan Jones, zurückgekommen. Dean Jones hatte hier bemerkt, daß die dialektische Methode des Genfer Rates weder „übernatürlich“ noch in Wahrheit „eschatologisch“ sei, sondern vielmehr die Seinsweise der Barth'schen „Christengemeinde“, d. h. des bloßen Analogons zur Bürgergemeinde. Doch erlitt Jones in Edinburgh eine Niederlage gegenüber dem Einfluß Dr. 't Hooft's. Das hinderte ihn aber nicht, bald danach, am 24. Juni, vor der anglikanischen Church Assembly in Westminster seine Besorgnisse zu wiederholen: „Es besteht mehr als eine Gefahr, daß der Ökumenische Rat eine Art Überkirche wird, wodurch die verschiedenen Gliedkirchen, die ihm angehören, begrenzt und auf eine in Genf vereinbarte Linie gezogen würden...“. Der Haupteinwand von Dr. Jones war, daß der Ökumenische Rat unter seiner jetzigen Führung die Hälfte der Christenheit ausschließt, „mit der wir in Fühlung bleiben sollten“. Gemeint ist vor allem die Römische Kirche. Der Erzbischof von Canterbury, Dr. Fisher, dagegen, ein Mitglied des Präsidiums des Ökumenischen Rates, nahm Dr. Visser 't Hooft gegen die Vorwürfe in Schutz. Dean Jones war gezwungen, den Empfangsfeierlichkeiten für den Zentralausschuß in Chichester fern zu bleiben. Wie sehr Dean Jones eine weitverbreitete Besorgnis anglikanischer Kreise ausgesprochen hatte, zeigt ein Kommentar der „Church Times“ zum Jahresbericht von Dr. 't Hooft in Chichester. Die Church Times schreibt u. a.: „In dieser Woche wurde ein Ausschuß durch den Zentralausschuß des Ökumenischen Rates gebildet, um eine Entschließung zur Frage der religiösen Freiheit aufzusetzen. Vor zwei Wochen hatte der Dean of Chichester ausdrücklich den Ökumenischen Rat in dieser Frage vor der Church Assembly kritisiert. Dr. Duncan Jones sprach nicht für seine Person allein: er gab den Zweifeln Ausdruck, die Kirchenmänner sowohl in der Assembly wie außerhalb derselben hegen... Auf diese Gefühle nahm aber Dr. 't Hooft vergangenen Samstag keine Rücksicht, als er in Chichester seinen Bericht vorlegte. Es scheint uns befremdend, daß Dr. 't Hooft nicht ausdrücklich die Tatsache erwähnte, wonach, wie auch immer man die Dinge ansieht, die römischen Katholiken in größerem Maße leiden müssen als irgendwelche anderen christlichen Gruppen. Dr. 't Hooft zog es vor, ganz allgemein zu sprechen über ‚die großen Unterschiede der Haltung unter den Kirchen selbst‘. Unter den Gegnern des Marxismus fand er ‚Männer, beseelt von christlichem Glauben, aber auch Männer, die sich an antiquierte Privilegien klammern‘, während unter den Christen, die zur Zusammenarbeit mit der Staatsautorität bereit sind, sich teils Männer befinden, ‚deren einzige Sorge es ist, daß die Kirche für soziale Gerechtigkeit einzutreten habe‘, teils ‚andere, die sich von politischem Opportunismus leiten lassen‘“.

**Die
protestantische Welt
und das
Kommunismus-Dekret**

Das Kommunismus-Dekret des Hl. Offiziums hat naturgemäß auch in der protestantischen Welt starken, aber keineswegs einheitlichen Widerhall gefunden. Die protestantischen Kirchen sind sich in ihrer Stellung zum Kommunismus nicht einig; ihre unterschied-

liche Haltung hat Ursachen verschiedenster Art. Gewiß kann kein Christ eine materialistische und religionsfeindliche Weltanschauung im ganzen bejahen. Die katholische Kirche besitzt aber eine Anthropologie und eine Soziallehre, von der aus sie auch in der kommunistischen Soziallehre mit ihrer Rücksichtslosigkeit gegenüber der Freiheit und Würde der menschlichen Person, ihrem Totalitätsanspruch und ihrer Staatsvergottung die deutliche Auswirkung der materialistischen und atheistischen Grundanschauung erkennt. Die protestantischen Kirchen haben keine solche Soziallehre. Als zweites fällt ins Gewicht, daß die protestantischen Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang bisher nicht den gleichen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sind wie die katholische Kirche, so daß sie den Eindruck haben mögen, es gehe in jenem Kampf wirklich nur gegen die Verpolitisierung und Vermachtung der Religion, die sie selber ja der katholischen Kirche in der Vergangenheit oft genug vorgeworfen haben. Dies alles sind Momente, die die Stellungnahmen der protestantischen Kirchen gegen den Kommunismus entweder abschwächen oder verzögern können.

Trotzdem ist das Kommunismus-Dekret des Hl. Offiziums in weiten Kreisen auf protestantischer Seite begrüßt worden. Wichtige Stellen haben auch ihrerseits Erklärungen gegen den Kommunismus abgegeben, wie z. B. der Ökumenische Rat auf seiner Tagung in Chichester, von der wir in unserem vorigen Heft S. 547 berichtet haben.

Der Bischof von Chichester hat außerdem noch, wie die „Times“ am 16. Juli meldete, in einer eigenen Erklärung sein Einverständnis mit dem päpstlichen Spruch kundgegeben, daß die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei unvereinbar mit dem Bekenntnis zum Christentum sei. Die Methodistenkonferenz, die in Liverpool stattfand, hat die gleiche Frage behandelt und einen Ausschuß mit der Untersuchung der Einstellung des Christentums zum Marxismus beauftragt.

Auch der anglikanische Primas von England, Erzbischof Fisher von Canterbury, hat kürzlich im Zusammenhang mit dem Londoner Dockarbeiterstreik einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Was man auch zugunsten der sozialen Theorien des Kommunismus oder gegen sie sagen könnte, unser Land ist vollkommen davon überzeugt, daß man seine politischen Kundgebungen nicht billigen, daß man sie nur verdammen kann. Die Kommunisten nähren die Zwietracht; sie arbeiten nur auf eine Katastrophe hin... Die Christen wissen ganz genau: seinem Inhalt und seinen äußeren Kundgebungen nach vernichtet der politische Kommunismus die christliche Lebensauffassung, er steht dem christlichen Glauben feindlich gegenüber. Dieses System ist schlecht, ebenso sind es auch seine Folgen...“

Prof. Emil Brunner, der Züricher protestantische Theologe (und theologische Gegner Karl Barths) hat in dem Londoner Wochenblatt „The Christian World“ sein Verständnis für den Schritt der katholischen Kirche ausgesprochen: „Für die Kirche mag die Zeit gekommen sein, sich über den totalitären Kommunismus in Form einer bekenntnis-mäßigen Verlautbarung zu äußern, wofür die Gelegenheit in Amsterdam verpaßt wurde“ (was aber in Chichester nachgeholt worden ist).

Der Unterschied zwischen protestantischer und katholischer Haltung

In der „Neuen Zeitung“ hat der Freiburger protestantische Historiker Gerhard Ritter die Frage aufgeworfen,

was der „Weltprotestantismus“ zu dem Kommunismus-Dekret sagen werde. „Die Tatsache, daß der Kommunismus weder echte Freiheit noch wahre Gerechtigkeit noch gesicherte Rechtsordnung kennt, läßt ihn der protestantischen Welt ebenso bedrohlich erscheinen wie der katholischen“, sagt er. Aber zugleich zieht Ritter jenen Trennungsstrich zwischen katholischer und protestantischer Haltung in solchen Fragen, der bei manchen Protestanten dann das Verständnis für das Vorgehen der katholischen Kirche vollkommen verhindert. „Den Kreuzzug, den die katholische Kirche jetzt eröffnet hat“, sagt Ritter, „wird der Protestantismus mit stärkerer innerer Anteilnahme verfolgen. Aber... er wird nicht gewillt und imstande sein, die Kampfparolen Roms selbst zu übernehmen“. Denn „Bann und Interdikt im römisch-katholischen Sinn“ und „priesterliche Richtergewalt, die nach casuistischen Rechtsnormen ihr Urteil spricht“, kennt der Protestantismus nicht.

Auch der Sekretär des Ökumenischen Rates in den Niederlanden, Dr. van der Linde, hat, wie der Katholische Beobachter am 27./28. August mitteilt, eine Erklärung zum Kommunismus-Dekret abgegeben, in der er sagte, viele Protestanten in den Niederlanden hätten die raffinierte Art der Kirchenverfolgung in den Ländern des Ostens noch nicht durchschaut. Daß der Vatikan jetzt zu seiner schärfsten Waffe gegriffen habe, zeige, wie groß die Not in jenen Ländern sei. Die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Kommunismus gehe auch die nichtkatholischen Bekenntnisse an. Ganz besonders weist van der Linde auf die Zustände in der Tschechoslowakei hin, wo Prof. Hromadka zwar wirklich einen Ausweg aus der jetzigen Situation suche, andere aber ein ganz anderes Licht auf die dortigen Zustände werfen könnten, wenn sie nicht um ihres Lebens willen zum Schweigen verurteilt wären. Dennoch, so sagt van der Linde, bestehe in protestantischen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die protestantischen Kirchen sich nicht der Kreuzzugsstimmung des katholischen Dekrets anschließen dürften.

Ablehnung des Dekrets als Machtäußerung

Aber nicht nur das. Es gibt auch protestantische, zumal reformierte Kreise, für die immer noch der Geist der katholischen Kirche mehr zu fürchten ist als der des Kommunismus. Was hier radikal abgelehnt wird, ist das, was man die „Machtstellung“ der katholischen Kirche, die Politisierung der Religion, die politische Tätigkeit des Vatikans nennt und im Kommunismus-Dekret in Erscheinung treten sieht. So hält Professor Hromadka, der die Evangelische Kirche der Tschechischen Brüder in Amsterdam vertreten hat, den Kampf zwischen der Regierung und der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei immer noch für einen Machtkampf.

In einem Interview, das die französische Wochenschrift „Réforme“ veröffentlicht, sagt er, es gehe „in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und der Regierung (der Tschechoslowakei) in keiner Weise um die Sache Christi; es ist ein Kampf, in dem kirchliche und politische Motive eng verflochten sind“. Die protestantischen Kirchen der Tschechoslowakei, so sagt er, werden von der tschechischen Regierung nicht beunruhigt; eine dringende Aufgabe sei allerdings auch ihnen durch die neuen Verhältnisse gestellt: die Aufgabe, gegen die stark betriebene systematische Durchdringung des Denkens des Volkes mit marxistischen und materialistischen Gedanken anzukämpfen und die entstehende neue Ordnung mit

einem Geist der Liebe zu erfüllen, der ein Gegengewicht gegen die ihr anhaftenden besonderen Gefahren, Gewalt, Haß und Mißtrauen, bilden könnte. „Die Zeiten sind schwierig, doch voll großer Hoffnungen“.

Auch die französische Reformierte Kirche, seit der Hugenottenzeit eine verschwindende Minderheit im französischen Volk, scheint in dem Kommunismus-Dekret vor allem ein Machtinstrument Roms zu sehen, soweit man die Wochenschrift „Réforme“ als bezeichnenden Ausdruck dieser Gemeinde ansehen darf. Pastor *Albert Finet*, der Chefredakteur der „Réforme“, sieht in der öffentlichen Verurteilung der kommunistischen Parteien eine eindeutige (machtpolitisch begründete) Stellungnahme Roms auf seiten der Westmächte im großen Kampf zwischen Ost und West, in dem doch der Christ als solcher als in einem politischen und wirtschaftlichen Machtkampf keine Stellung zu nehmen hat. Finet zweifelt nicht an dem großen Herzen Papst Pius XII., aber „vielleicht ist er ein Gefangener jener außerordentlichen politischen Maschinerie, die der Vatikan darstellt“.

Auch in einer folgenden Nummer der „Réforme“ (6. August 1949) bekräftigt Finet noch einmal gegenüber einer Anzahl von Zuschriften von katholischer Seite, die er auf seine erste Stellungnahme hin erhalten hatte, seine Meinung,

das Dekret sei ein politisches Manifest, was immer auch die offiziellen Kommentare über seinen religiösen Charakter gesagt hätten. Es schließe Christen, weil sie einer politischen Partei angehörten oder deren Ideen förderten, aus der Gemeinschaft der Christen aus. Daß diese Partei anti-religiöse Ideen vertritt, daß die Ideen dieser Partei den Glauben ausschließen, will Finet nicht sehen. Er betont, daß ihm das Schicksal jener Katholiken, die unter das Dekret fallen, keineswegs gleichgültig sei, daß er ihre Leiden nicht leicht nehme. Aber eben diese bewiesen nur, „daß die Art, wie der Vatikan seine Positionen und seine Gläubigen verteidigt, uns schlecht erscheint“.

„Sie erscheint uns schlecht, weil die einfachen Leute, was immer die Absicht seiner Urheber gewesen sein möge, in dem Dekret des Hl. Offiziums nicht nur eine Verurteilung des Kommunismus, sondern implicite auch eine Billigung seiner Gegner sehen werden, und diese selben einfachen Leute fühlen sehr richtig, daß der angeprangerte Materialismus ebenso in der kapitalistischen Welt, in unsrer abendländischen Gesellschaft am Werk ist, auch wenn diese Gesellschaft in Worten eine gewisse Ehrerbietung vor den ‚religiösen Werten‘ bewahrt“. Damit beweist Pastor Finet, wie wenig die Verurteilung des Kapitalismus durch die katholische Kirche gehört und geglaubt wird.

Die Kirche in den Ländern

Die Lage in Osteuropa

Vor neuen Entscheidungen in der Tschechoslowakei

Das Londoner „Tablet“ (27. 8. 1949) vergleicht die Religionspolitik in Ungarn und die der Tschechoslowakei und findet, daß der Versuch der Prager Regierung, ihre wirklichen Ziele durch eine geheuchelte Religionsfreundlichkeit zu verdecken, zu einigen lächerlichen Ergebnissen geführt hat. Männer, die sich als Jünger von Marx und Lenin bezeichnen, sind durch ihre Taktik in die Lage gekommen, sich darüber entrüsten zu müssen, daß die Kirche ihnen die Sakramente verweigert, und rufen nach freier Religionsausübung. Ministerpräsident Zapotocky beklagte erst jüngst von neuem, daß durch das römische Dekret so viele „gute und treue“ Katholiken aus der Kirche ausgestoßen werden. Zugleich aber geschehen so peinliche Dinge wie die Veröffentlichung eines Briefes, den Erzbischof Beran, der seit dem 19. Juni ein Gefangener in seinem eigenen Hause ist, am 5. August an den Generalstaatsanwalt gerichtet hat und in dem die „Freiheit der Religion“ bis ins einzelne dokumentiert wird.

Erzbischof Beran an den Generalstaatsanwalt

„Da weder das Erziehungsministerium noch das Ministerium für Inneres noch die tschechoslowakische Regierung meine Briefe beantwortet haben, sehe ich mich gezwungen, mich an den Generalstaatsanwalt zu wenden. Möglicherweise ist die Form dieser Mitteilung juristisch nicht korrekt. Es ist mir jedoch unmöglich, einen Rechtsanwalt zuzuziehen, da mich niemand besuchen darf. Aber selbst dann wäre es unmöglich, da sie alle Angst haben, ihre

Praxis zu verlieren, wenn sie meine Interessen wahrnehmen würden. Vielleicht findet es aber auch der Generalstaatsanwalt nicht der Mühe wert, eine Antwort zu erteilen. Nichtsdestoweniger möchte ich ihm aber die Frage stellen:

Wird die römisch-katholische Kirche in der Tschechoslowakei vom Staate noch anerkannt? Wenn ja, auf Grund welchen Gesetzes ist der römisch-katholischen Kirche die gesetzliche Unabhängigkeit in internen Angelegenheiten entzogen worden?

Durch Note Nummer P-12 388 - 49 - p-6 vom 13. Juni 1949, herausgegeben vom Erziehungsdepartement und im Einklang mit Dekret 50 v. 7. 5. 1874, wurde der vom Erziehungsministerium bevollmächtigte Dr. Miroslaw Houska zum Aufseher über das erzbischöfliche Konsistorium in Prag eingesetzt. Die erwähnte Note wurde dem Konsistorium zugestellt.

Der Erzbischof wurde jedoch davon nie direkt in Kenntnis gesetzt. Aus diesem Grunde entschloß sich der Erzbischof, gegen diese Maßnahme zu protestieren, und gab am 15. Juni bekannt, daß das erzbischöfliche Konsistorium geschlossen bleibe. Davon machte er auch dem Vertreter des Erziehungsministeriums Mitteilung mit dem Bemerkten, daß auf den am 17. Juni eingereichten Protest zuerst eine Antwort abgewartet werden müsse. Am Nachmittag des 15. Juli jedoch besetzte Dr. Houska mit Hilfe der Staatspolizei die Amtsräume. Dagegen legte ich erneut Verwahrung ein, doch wurde weder mein Brief vom 17. Juni noch dieser Protest bestätigt. Dr. Houska, der auf Grund der Note zum Aufseher eingesetzt war, übernahm unverzüglich die Verwaltung des erzbischöflichen Konsistoriums